



Franz Wagner
Präsident des Deutschen Pflegerats

Editorial

Jetzt das Blatt wenden

Die Stimmung in der Pflegebranche ist im Vergleich zum Vorjahr abgekühlt. Diese Schlussfolgerung ist das Ergebnis des CARE Klima-Indexes 2018. Dieser hat sich zum Basisjahr 2017 um -4,7 Punkte auf 95,3 Punkte verringert. Veröffentlicht wurde der Index in Kooperation mit den Veranstaltern des Deutschen Pflegetags, der vom 14. bis zum 16. März 2019 in der STATION Berlin stattfindet.

Die Abkühlung der Stimmung kommt nicht überraschend. Die Versorgungsprobleme sind deutlich ersichtlich. Die Belastung am Arbeitsplatz hat sich 2018 für die professionell Pflegenden nochmals spürbar verschlechtert. Besorgniserregend ist, dass mit den vorhandenen personellen Ressourcen und Strukturen offensichtlich nur noch eine mittelmäßige bis schlechte Qualität geleistet werden kann – in der Wahrnehmung der Befragten.

Überraschend war, dass die politische Relevanz der Pflege schlechter bewertet wird als im Vorjahr. Bei den professionell Pflegenden vor Ort sind noch keine positiven Veränderungen im Arbeitsalltag zu spüren. Und dies trotz vieler politischer Bemühungen der letzten Jahre. Das zeigt, der Index ist auch Ausdruck des Vertrauensverlustes gegenüber der Politik und der Selbstverwaltung.

Um mehr Personal für die Pflege zu begeistern und zu gewinnen, fordert der Deutsche Pflegerat insgesamt 100.000 Stellen für die Pflege zusätzlich zu schaffen. Das müssen Politik und Kostenträger fest zusagen und die Refinanzierung sichern. Deutschland braucht einen Masterplan Pflege. Mit der Konzertierte Aktion Pflege besteht die Chance, einen solchen zu entwickeln.

Franz Wagner
Präsident des Deutschen Pflegerats



In Kooperation mit

Heilberufe
Pflege einfach machen.

IM FOCUS

Personalkosten ausgliedern

Mit dem sogenannten Pflexit, der Ausgliederung der Pflegepersonalkosten aus dem DRG-Fallpauschalensystem, verfolgt der Gesetzgeber das Ziel, die Personalsituation in den Kliniken zu verbessern. Dies ist absolut notwendig. Jedoch bleibt die Frage nach dem Wie spannend.

Eine Finanzierung unabhängig vom Fallpauschalensystem, so der Gesetzesauftrag, birgt Chancen und Risiken. Wird das Pflegebudget auf Grundlage der bestehenden Personalkostenanteile festgelegt? Wie werden die DRGs mit sehr hohen pflegerischen Anteilen, zum Beispiel in der Geriatrie zukünftig abgebildet?

Welche Zusatzeffekte mit der Ausgliederung verbunden sein werden, ist derzeit noch nicht abzuschätzen. Bislang sieht der Gesetzgeber kein einheitliches Instrument für eine bedarfsgerechte Personalbemessung vor. Aus Sicht des DPRs muss die Ausgliederung jedoch zwingend mit der Entwicklung/Etablierung eines Personalbemessungsinstrument verbunden werden, welches schnell und aufwandsarm zu implementieren ist.

Hier hat der DPR bereits konzeptionelle Vorarbeiten geleistet. Nur so kann die notwendige Verbesserung der Situation der Pflege in den Krankenhäusern gelingen.

Andrea Lemke
Präsidiumsmitglied
Deutscher Pflegerat (DPR)



© Britta Pedersen / Springer Pflege

Zur Situation professionell Pflegenden

Vogler: Die Pflege wurde zerlegt

„Was sind das für irre Zeiten, in denen wir als Pflege unterwegs sind“, sagte Christine Vogler, Vize-Präsidentin des Deutschen Pflegerats e.V. (DPR), zu Beginn ihrer Rede auf dem „Kongress Pflege 2019“ von Springer Pflege.

Pflege sei in der Politik angekommen, betonte Christine Vogler. So habe es alleine in den letzten fünf Jahren 14 neue Gesetze und Verordnungen gegeben, die die Versorgung der Pflegebedürftigen und deren Angehörigen sichern und die Arbeitsbedingungen der Pflegenden verbessern sollen. Weiter werde mit der Konzertierte Aktion Pflege versucht, Bedingungen zu schaffen, in denen pflegerische Versorgungsstrukturen gesichert werden sollen. Und trotzdem scheint es nicht zu wirken. Das alles komme in der Pflege nicht an. „Die Nerven liegen blank“, mahnte Vogler und verweist u. a. auf den CARE Klima-Index 2018.

Drei entscheidende Fragen

Vogler: „Bei allem, was wir Pflegenden tun, was die Entscheider und Verant-

wortlichen in diesem Land tun, lasst uns immer drei Fragen stellen:

- Dient die Entscheidung, die ich treffe, das Gespräch, das ich führe, und das Gesetz, das ich verabschiede, dem Pflegebedürftigen?
- Dient die Entscheidung, die ich treffe, das Gespräch, das ich führe, und das Gesetz, das ich verabschiede, dem Ansehen der Profession Pflege?
- Dient die Entscheidung, die ich treffe, das Gespräch, das ich führe, und das Gesetz, das ich verabschiede, der Sicherung von qualitativ guter pflegerischer Versorgung unter guten Arbeitsbedingungen?

Wenn Sie bei der Beantwortung der Fragen mindestens zweimal mit ‚Ja‘ antworten, dann hat die Pflege zumindest eine Chance auf eine Zukunft in unserem Land.“

Grundsätzliches ist unverändert

Das gefühlte Bild von Pflege und Pflegenden sei, dass sich Grundsätzliches nicht verändert hätte. Der Beruf Pflege werde immer noch nicht als eigenständige Profession anerkannt. „Aber genau das muss geschehen. Die Haltung zu den professionell Pflegenden muss sich verändern“, forderte Vogler weiter. „Die Anerkennung, dass Pflege ein professioneller und verantwortungsvoller Berufsstand ist, muss in den Köpfen, auch derer der Politik, ankommen.“

Die nach wie vor gelebte „Pflege kann jeder“-Kultur in politischen Botschaften wie die Absenkung des Zugangsniveaus zur Ausbildung, bis hin zu Diskussionen darüber, dass ohne Schulabschluss Pflege gelernt werden kann, die Weigerung der Anpassung des Berufes an europarechtliche Normen und die Negierung des Heilberufestatus durch Verweigerung des Selbstbestimmungsrechtes und damit der dauerhafte Ausschluss aus dem Mitbestimmungsrecht im System Gesundheit „hat die Pflege nachhaltig zerlegt. Und wir tun es immer noch“, kritisierte die Vize-Präsidentin des

Deutschen Pflegerats. Bei alledem, was jetzt unternommen werde, „müssen wir aufpassen, dass es nicht zu einer Flickschusterei oder gar zu bloßen symbolpolitischen Handlungen kommt“, ergänzte Vogler.

Masterplan Pflege muss her

Die Konzertierte Aktion Pflege sei „absolut zu begrüßen“, sagte sie weiter und verwies auf die „gebotene konsequente Umsetzung“. „Wenn das nicht greift, wird gute pflegerische Versorgung für die Menschen in diesem Land nicht mehr möglich sein“, befürchtet die Pflegeexpertin. Der Deutsche Pflegerat fordert daher, dass aus der KAP ein „Masterplan Pflege“ erstellt werde.

Mängel sieht Vogler bei der Umsetzung der Verordnung zu den Pflegepersonaluntergrenzen in den Krankenhäusern. Bereits jetzt würden Rückmeldungen aus der Praxis von bewusst vorgenommenen Verschiebeparkplätzen in Krankenhäusern berichten, um die Untergrößen einzuhalten. Der Deutsche Pflegerat fordert ein Personalbemessungssystem für den Krankenhausbereich, u.a. die Weiterentwicklung der Pflegepersonal-Regelung (PPR) in eine PPR 2.0.

Anschubfinanzierung nicht vorgesehen

Zur Umsetzung des Pflegeberufgesetzes sagte sie: „Am Ende wird sich bei dessen Umsetzung vieles an der Finanzierung festmachen. Wie ernst meint es dieses Land mit diesem Beruf? Anschubfinanzierung für die Schulen und Praxis-träger: Nicht vorgesehen. Kostenübernahme für die Mietkosten der Schulen: Bund und Länder schieben sich die Verantwortung hin und her.“

Zum Thema Pflegekammer machte Vogler darauf aufmerksam, dass die Linien zwischen Befürwortern und Gegnern auch innerhalb der jeweiligen Parteien in Deutschland im hohen Maße voneinander abweichen. Nur eine Pflichtmitgliedschaft gebe demokratische Legitimation; Mitgliedsbeiträge stellten die Unabhängigkeit und Selbstverwaltungsaufgaben sicher, so Vogler abschließend.

deutscher-pflegerat.de

NEWS

Daten und Fakten zum CARE Klima-Index 2018

„Die Stimmung in der Pflege wird frostiger“ steht als Überschrift über der Meldung zum CARE Klima-Index 2018. Erstellt wurde dieser vom Institut Psyma Health & CARE GmbH. Herausgegeben wurde er in Kooperation mit den Veranstaltern des Deutschen Pflegetags. Befragt zu ihrer Stimmung wurden 2.226 Akteure aus der Pflege- und Gesundheitsbranche.

Für 2018 beträgt der Psyma CARE Klima-Index 95,3 Punkte. Damit hat sich das Klima im Vergleich zum Basisjahr 2017 um 4,7 Punkte abgekühlt, erläutert Stephanie Hollaus als Projektverantwortliche. Das zeige: „Die Pflege fühlt sich nicht ausreichend von der Politik vertreten. Die zahlreichen Gesetzesmaßnahmen kommen bei der Pflege noch nicht an“, so Hollaus.

Unterschied in der Stimmung: Mit 93,2 Punkten ist die Stimmung im Süden (bei einer zugleich wesentlich besseren Personalausstattung und Bezahlung als im Rest der Republik) schlechter als im Norden mit 96,9 Punkten; im Westen (94,7 Punkte) war sie etwas frostiger als im Osten mit 97,1 Punkten. 74% der Befragten gaben an, dass der Stellenwert des Themas Pflege in der Politik nur von niedriger Relevanz sei und beurteilen ihn damit, trotz vieler politischer Initiativen, um 5%-Punkte schlechter als im Vorjahr.

Gesellschaftliches Ansehen: Auch das gesellschaftliche Ansehen der Berufsgruppe schätzen die Befragten niedriger ein. Die Wahrnehmung hierzu sank um weitere 10%-Punkte: 38% der Befragten meinen, der gesellschaftliche Stellenwert der Pflege sei geringwertiger als der von anderen Berufsgruppen. Verschlechtert hat sich zudem der allgemeine Eindruck von der Versorgungsqualität in der Pflege. Denn während die Pflegeversorgung 2017 von 24% der Befragten als qualitativ mangelhaft eingeschätzt wurde, sind es 2018 bereits 29%. Unverändert skeptisch bleibt der Blick in die Zukunft: Wie im vergangenen Jahr gehen 42% der Befragten davon aus, dass die Pflegeversorgung in Zukunft

nur teilweise sichergestellt ist. Sogar 46% gehen im Jahr 2018 davon aus, dass sie nicht sichergestellt ist. Im Jahr 2017 lag dieser Wert noch bei 42%.

Personelle Ausstattung: Während 2017 bereits 51% der Befragten die Arbeitsbedingungen in der Pflege als „schlecht“ beurteilten, stieg dieser Wert im Jahr 2018 auf 60%.

Eine klare Einschätzung finden die Befragten beim Thema personelle Ausstattung in der Pflege: 71% der Befragten gehen davon aus, dass diese der gegenwärtigen Situation nicht gerecht wird. 25% meinen, sie wird ihr teilweise gerecht. Lediglich 4% gehen davon aus, dass sie der momentanen Situation genügt. Weitere 76% aller Befragten glauben zudem nicht daran, dass der Bedarf an Pflegeleistungen in den kommenden Jahren gedeckt werden kann.

deutscher-pflegetag.de

BKK Gesundheitsreport 2018

„Wie effektiv ist das Betriebliche Gesundheitsmanagement?“, fragte sich Prof. Jürgen Wegge (TU Dresden) bei der Vorstellung des BKK Gesundheitsreports 2018 „Arbeit und Gesundheit der Generation 50+“. „Machen wir dadurch nur die Menschen fit für schlechte Arbeitsbedingungen?“

Wegge will, dass das „Übel an der Wurzel gepackt wird“. Nicht möglich sei dies, wenn das Gesundheitsmanagement im Unternehmen sich nur darum drehe, Stress abzubauen oder die Kommunikation zu verbessern. „Gesundheitsmanagement ist vor allem Arbeitsplatzorganisation“, sagte er. Ganz klare Führungsaufgabe sei es, sich um „die Gesundheit der Mitarbeiter zu kümmern“. Denn, so Wegge weiter, können altersbedingte körperliche und kognitive Verschleißerscheinungen durch eine bessere Gestaltung des Arbeitsplatzes reduziert und teilweise ganz verhindert werden. Dazu gehöre insbesondere im Sozialbereich auch eine höhere Teilhabe an Entscheidungen und Handlungsspielräume.

bkk-dachverband.de

NEWS

Neues Projekt zu Arbeitsbedingungen

Der Pflegebevollmächtigte der Bundesregierung, Staatssekretär Andreas Westerfellhaus, hat das „Projekt zur Umsetzung guter Arbeitsbedingungen in der Pflege“ gestartet. Den Zuschlag hierfür hat die Curacon GmbH erhalten. Westerfellhaus: „Wir wissen: Gute Arbeitsbedingungen sind der Schlüssel, um Pflegekräfte im Berufsfeld zu halten, Menschen für den Beruf zu gewinnen und Berufsaussteiger zurückzugewinnen. Deshalb müssen wir alle Hebel in Bewegung setzen, um moderne, familienfreundliche, attraktive Arbeitsbedingungen für Pflegekräfte zu schaffen“. Das Projekt soll insbesondere kleine und mittelständische Pflegeeinrichtungen unterstützen, bewährte Instrumente für gute Arbeitsbedingungen zu implementieren.

Wissenschaftlich begleitet wird Curacon vom Forschungszentrum Familienbewusste Personalpolitik (FFP) der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster. Das Projekt wird durch das BQS – Institut für Qualität und Patientensicherheit evaluiert. Die Ergebnisse des Projektes sollen im November 2019 vorgelegt werden. Die Evaluation soll im Februar 2020 abgeschlossen sein. Im Anschluss soll das Konzept zur Einführung guter Arbeitsbedingungen flächendeckend in Deutschland ausgerollt werden.

Das Projekt erfolgt in Absprache mit der Konzentrierten Aktion Pflege (KAP) als Beitrag zur Bekämpfung des Pflegefachkräftemangels.

pflegebevollmaechtigter.de

Impressum

Herausgeber: Deutscher Pflegerat (DPR) Bundesarbeitsgemeinschaft Pflege- und Hebammenwesen

Inhalt: Christine Vogler (verantwortlich)
Alt-Moabit 91, 10559 Berlin
(„Haus der Gesundheitsberufe“)
Tel.: 030 398 77 303; Fax 030 398 77 304
www.deutscher-pflegerat.de

„PflegePositionen“ – Der offizielle Newsletter des DPR erscheint in Kooperation mit HEILBERUFE.

Verlag: Springer Medizin Verlag GmbH
Heidelberger Platz 3, 14197 Berlin
Tel.: 030 827875500, Fax: 030 827875505

Director Professional Care: Falk H. Miekley

Chefredakteurin: Katja Kupfer-Geißler
Heidelberger Platz 3, 14197 Berlin
Tel.: 030 82787 5500, Fax: 030 82787 5505
www.springerpflege.de

Konzertierte Aktion Pflege**Verbindliche Ausbildungsoffensive**

Um den drohenden Fachkräftemangel in der Pflege zu bekämpfen, sollen mehr Pflegefachkräfte ausgebildet werden als bisher. Die Auszubildendenzahlen sollen bis 2023 um 10% steigen.

Derzeit liegen die Ausbildungszahlen bei rund 68.000 neuen Auszubildenden pro Jahr. Auch die Zahl der Ausbildungsstätten für die Pflege soll bis 2023 um 10% erhöht werden. Mindestens 5.000 Weiterbildungsplätze zur Nachqualifizierung von Pflegehelferinnen und -helfern sollen zur Verfügung gestellt werden. Die entsprechende Vereinbarung wurde von den 40 Partnern der KAP beschlossen.

Inhalte der „Ausbildungsoffensive Pflege“

Zu den insgesamt 111 beschlossenen Initiativen zählen unter anderem:

- Eine ausreichende Anzahl an Ausbildungs-, Weiterbildungs-, Schul- und Studienplätzen zur Verfügung zu stellen; die Zahlen der auszubildenden Einrichtungen und der Auszubildenden sollen bis zum Ende der Offensive 2023 im Bundesdurchschnitt um 10% (gegenüber 2019) gesteigert werden
- Eine bundesweite durch das BMFSFJ gemeinsam mit Partnern umzusetzende Informations- und Öffentlichkeitskampagne für den Pflegeberuf
- Die Pflegeschulen sollen befähigt werden, die digitalen Weiterentwicklungen im Arbeitsfeld Pflege im Unterricht adäquat abzubilden
- Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen sollen die künftigen Fördermöglichkeiten des Pflegepersonal-Stärkungsgesetzes zur Vereinbarkeit von Pflege, Familie und Beruf, zur betrieblichen Gesundheitsförderung sowie für Investitionen in Digitalisierung und Ausbildung nutzen

- Mit dem Qualifizierungschancengesetz soll die Weiterbildung von Pflegehelferinnen und -helfern zu Pflegefachpersonen besser gefördert werden
- Die Verbände der Pflegeeinrichtungen sollen mindestens 5.000 Weiterbildungsplätze zur Nachqualifizierung von Pflegehelferinnen und -helfern zur Verfügung stellen

Entscheidend ist die Finanzierung

Für Franz Wagner, Präsident des DPR, sind die Maßnahmen richtig. Beim Ausbildungspakt müsse vor allem die Finanzierung der Pflegeausbildung sichergestellt werden, so Wagner. Das bedeute z.B. die Miet- und Investitionskosten in die Finanzierungsverordnung aufzunehmen und Pflegebedürftige davor zu schützen, höhere Eigenanteile zu zahlen.

Zusätzlich notwendig sei eine Verknüpfung und nachhaltige Koordinierung der Ergebnisse aller fünf Arbeitsgruppen der KAP. „Die Pflege in Deutschland braucht einen Masterplan Pflege“, fordert Wagner. „Nur wenn sich die Rahmenbedingungen pflegerischer Arbeit rasch und spürbar verbessern, werden wir den aktuellen und den zukünftigen Versorgungsbedarf bewältigen können.“ Mit der KAP bestehe die Chance, einen solchen Masterplan zu entwickeln. Wagner: „Eine so koordinierte Aktion Pflege ist die letzte Chance, das Blatt hin zu mehr Personal und zu besseren Arbeitsbedingungen in der Pflege und damit zur Sicherstellung der Versorgung zu wenden“.

deutscher-pflegerat.de